



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

WPS Nr. 258

Berlin, 3. August 2017

Special Olympics Deutschland

1. Förderung der Inklusion im und durch Sport

Frage 1.1:

Welche Bedeutung messen Sie dem Sport für die Förderung der Inklusion bei?

Antwort:

Sport bringt täglich viele Menschen zusammen – Jung und Alt, Frauen und Männer sowie Menschen mit und ohne Behinderungen. Der Sport bietet für Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, an der Gesellschaft auch abseits des Alltags teilzuhaben. Der Begriff Inklusion füllt sich so mit Leben.

Frage 1.2:

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Zugänge für Menschen mit Behinderung zum Sport ausbauen, insbesondere auch in bestehende Sportvereine?

Antwort:

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in dieser Legislaturperiode intensiv für einen finanziellen Aufwuchs des paralympischen Sports eingesetzt. So haben wir die Mittel für den Leistungssport der Menschen mit Behinderung zuletzt für das Haushaltsjahr 2017 um 1,5 Millionen Euro angehoben sowie die Mittel für die Duale Karriere der Menschen mit Behinderung um 559.000 Euro erhöht.

Diese positive Entwicklung möchten wir nach der Bundestagswahl gerne fortführen. Dazu gehören für die SPD eine faire Bezahlung von Trainerinnen und Trainer und deren Beendigung von Kettenverträgen sowie die Rahmenbedingungen für die Athletinnen und Athleten zu verbessern. Speziell für die Menschen mit Behinderung heißt es, dass die Trainingsstätten den Ansprüchen von paralympischen Athletinnen und Athleten entsprechen müssen sowie die Duale Karriere voranzubringen ist, damit sich die paralympischen Sportlerinnen und Sportler nicht zwischen einer beruflichen oder einer sportlichen Karriere entscheiden müssen, sondern beide Wege kombinieren können.

Die Sportförderung und insbesondere die Förderung des Breitensports ist in erster Linie Aufgabe der Länder. Daher können wir einzelne Sportvereine nicht fördern. Aber wir glauben mit besseren Rahmenbedingungen im Sport für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Athletinnen und Athleten mehr Menschen mit Behinderungen für sportliche Aktivitäten zu gewinnen.

Frage 1.3:

Besteht aus Ihrer Sicht ein erhebliches Bundesinteresse und somit eine übergreifende sportpolitische Verantwortung an der Förderung bzw. des Ausbaus der Inklusion im und durch Sport?

Antwort:

Die SPD möchte, dass alle Menschen gleichberechtigt an Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten teilhaben können. Diese Teilhabe soll sich einzig an den individuellen Wünschen und Voraussetzungen der jeweiligen Menschen orientieren. Die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, die in Deutschland im März 2009 in Kraft getreten ist, sind zu erfüllen.

Die SPD ist sich über die Bedeutung der inklusiven Arbeit (besonders im Sport) bewusst. Daher möchten wir, dass die Bundes- und Olympiastützpunkte allen barrierefreien Ansprüchen genügen und die Ausbildung von geeigneten Trainerinnen und Trainern unterstützt wird. Wie in der Frage 1.2 bereits erwähnt, haben wir die Mittel für den paralympischen Sport in den letzten Jahren sukzessiv erhöht.

2. Bewegung und Sport als Bestandteil der beruflichen Rehabilitation**Frage 2.1:**

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit Bewegungsangebote im Sinne der beruflichen Rehabilitation gefördert werden?

Frage 2.2:

Halten Sie es für notwendig, dass in den Einrichtungen der Rehabilitation für Menschen mit Behinderung ein festes Bewegungsangebot unterbreitet wird?

Gemeinsame Antwort Fragen 2.1 und 2.2:

Wir werden älter. Wir arbeiten länger. Und wir wollen – auch im Alter – gesund und selbstbestimmt leben. Neben der Prävention leistet die Rehabilitation dazu einen wichtigen Beitrag. Nicht nur für den Einzelnen, sondern auch volkswirtschaftlich spielt der Erhalt unserer Gesundheit eine große Rolle. Daher wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion das Bewusstsein für die Notwendigkeit und Wirksamkeit von Rehabilitation bei allen Akteuren fördern.

Für Rehabilitation sind unterschiedliche Rehabilitationsträger wie die Rentenversicherung und die Krankenversicherung mit sich teilweise überschneidenden Verantwortungsbereichen zuständig. Wir wollen, dass die Antragsverfahren trägerübergreifend vereinfacht werden. Vor allem die großen Rehabilitationsträger müssen mehr an einem Strang ziehen, um die Zugänge zur Rehabilitation für alle Menschen deutlich zu erleichtern und zu beschleunigen. Wir wollen prüfen, inwiefern das aktuelle Genehmigungsverfahren durch ein Verordnungsverfahren ersetzt werden kann.

Um eine lückenlose Versorgung zu gewährleisten, müssen die medizinische und berufliche Rehabilitation besser verzahnt sowie die Nachsorge gestärkt und bereits während der Rehabilitationsmaßnahme mitgedacht werden. Für besondere Bedarfe, zum Beispiel von Kindern oder älteren Menschen, brauchen wir innovative Konzepte und flexible, barrierefreie Angebote. Auch ambulante wohnortnahe und mobile Rehabilitationsangebote müssen zur Verfügung stehen.

Auch die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Finanzierung von Rehabilitation wollen wir weiterentwickeln und das Rehabilitationsbudget gegebenenfalls in die Entscheidungskompetenz der Selbstverwaltung übertragen.

3. Gesundheit

Frage 3.1:

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit auch für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung eine ausreichende und qualitative Gesundheitsversorgung sichergestellt ist, die die spezifischen Bedarfe sowie die erhöhten Zeit- und besonderen Kommunikationsfaktoren berücksichtigt?

Antwort:

Die SPD hat bei der Sicherung und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen alle Patientinnen und Patienten im Blick, die Leistungen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bedürfen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Wohnort, sozialer Herkunft und unabhängig von Art oder Schwere der Erkrankung gleichberechtigten, barrierefreien, diskriminierungsfreien und bedarfsorientierten Zugang zu den medizinischen und pflegerischen Leistungen unseres Gesundheitssystems haben. Unser Ziel ist es, ungleiche Gesundheitschancen bei Gesundheitsförderung, Prävention, Versorgung, Rehabilitation und Pflege zu erkennen und abzubauen. Bei unseren fortlaufenden Reformüberlegungen berücksichtigen wir selbstverständlich auch die spezifischen Bedarfe von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Zur Verbesserung ihrer Versorgungssituation haben wir beispielsweise mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz in dieser Legislaturperiode die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung von interdisziplinären und interprofessionellen medizinischen Behandlungszentren geschaffen, in denen Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen ihren Bedürfnissen entsprechend ambulant behandelt werden können. Menschen mit Hörbehinderungen sowie Menschen mit Sprachbehinderungen haben zudem bereits heute das Recht, bei ärztlichen Untersuchungen und Behandlungen in Deutscher Gebärdensprache, mit lautsprachbegleitenden Gebärden oder mit anderen geeigneten Kommunikationsmitteln zu kommunizieren.

Frage 3.2:

Teilen Sie die Auffassung, dass Menschen mit geistiger Behinderung einen besseren Zugang zu Gesundheitsleistungen haben müssen und dafür spezifische nachteilsausgleichende Leistungen im Leistungskatalog der Krankenversicherung aufgenommen werden müssen?

Antwort:

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik sorgt dafür, dass alle Patientinnen und Patienten gleichberechtigt, barrierefrei, diskriminierungsfrei und bedarfsorientiert Zugang zu den Leistungen unseres Gesundheitssystems haben. Unser Ziel ist es also, dass auch Menschen mit geistiger Behinderung uneingeschränkter Zugang zu allen notwendigen medizinischen oder pflegerischen Leistungen haben und hier keine behinderungsbedingten Nachteile hinnehmen müssen. Dafür haben wir bereits gute Versorgungsstrukturen, die wir fortlaufend weiterentwickeln.

Frage 3.3:

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um zielgruppenspezifische Präventions- und Gesundheitsförderangebote auszubauen?

Antwort:

Seit vielen Jahren setzt sich die SPD dafür ein, dass Gesundheitsförderung und Prävention systematisch in die bestehende Gesundheitsversorgung eingebunden und deren Finanzierung ausreichend und langfristig gesichert wird. Durch gezielte und zielgruppenspezifische Prävention und Gesundheitsförderung können die Gesundheit, Lebensqualität, Mobilität und Leistungsfähigkeit der Menschen über alle Lebensphasen hinweg verbessert und erhebliche Folgekosten gespart werden. Davon profitiert nicht nur jede und jeder Einzelne, sondern die Gesellschaft insgesamt. Das schließt selbstverständlich Menschen mit Behinderungen ein. Mit dem 2015 in Kraft getretenen Präventionsgesetz konnten die Leistungen der Krankenkassen zur Prävention und Gesundheitsförderung mehr

als verdoppelt werden. Damit stehen künftig deutlich mehr finanzielle Mittel für primärpräventive und gesundheitsfördernde Leistungen bereit. Das ist ein wichtiger Schritt. Die gesetzliche Verankerung des Lebenswelten-Ansatzes und die Möglichkeit für die Krankenkassen, Geld auch für den Aufbau und die Stärkung gesundheitsförderlicher Strukturen verwenden zu können, ist darüber hinaus ein Erfolg. Außerdem konnten wir die sehr deutliche Anhebung der Förderung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner durchsetzen. Für Menschen mit Behinderungen haben die Selbsthilfegruppen und –organisationen sowie die Selbsthilfekontaktstellen eine sehr wichtige Beratungs- und Unterstützungsfunktion. In dieser Funktion werden sie nun sehr deutlich gestärkt. Wir werden dennoch weiter daran zu arbeiten haben, dass präventive und gesundheitsförderliche Intervention als gesamtgesellschaftliche ressortübergreifende Aufgabe in der Bundes-, Länder- und Kommunalpolitik erkannt und wahrgenommen werden.

4. Familienunterstützung

Frage 4.1:

Welche Bedeutung nimmt der Freizeit-/Sportbereich in ihrer Familienpolitik ein?

Frage 4.2:

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Beratungsangebote im Freizeit-/Sportbereich für Familien zu verbessern?

Gemeinsame Antwort Fragen 4.1 und 4.2:

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Eltern und alle Kinder Zugang zu Sport haben. Sport ist für Millionen Menschen ein selbstverständlicher Teil des Alltags. Er stärkt den Zusammenhalt, ist gut für die Gesundheit und zugleich ein wichtiger Wegbereiter für Inklusion und Integration. Sport und Sportvereine vermitteln Werte wie Fairness und Respekt und bieten die Chance, leistungsfähiger zu werden, eigene Grenzen auszuloten und das Selbstbewusstsein zu stärken.

In den ländlichen Gebieten aber auch in den Städten sind viele Sportanlagen marode. Auch fehlen oft passgenaue Beratungsangebote im Freizeit- und Sportbereich. Hier brauchen die Kommunen Unterstützung des Bundes. Wir werden uns für ein mehrjähriges Förderprogramm für Sportstätten in den Kommunen einsetzen, um die Bedingungen vor Ort umfassend zu verbessern. Außerdem werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Kommunen finanziell ausreichend ausgestattet werden.

Sport und Kultur sind ein starker Integrationsmotor. Hier kommen Menschen zusammen, lernen sich kennen und bauen Vorurteile ab. Wir sind stolz auf alle Vereine und die vielen Ehrenamtlichen, die sich für das Miteinander einsetzen. Dieses Engagement werden wir weiterhin unterstützen. Das gilt auch für alle Einrichtungen und Orte, die Begegnung ermöglichen – Vereine, Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften oder Bürgerinitiativen.

Sport ist auch eine gute Gelegenheit, in vielfältiger Weise Vielfalt zu fördern. Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen: für ehrenamtliche Projekte im Sport, die ethnische Barrieren überwinden helfen, die Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie etwas entgegensetzen oder die in anderer Form den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern.

Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich sein. Deshalb unterstützen wir inklusive Teilhabeangebote – und zwar für alle Generationen. Insbesondere auch dadurch, dass wir die notwendigen räumlichen, technischen und personellen Ressourcen dafür verbessern.

Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet werden. Dabei sind Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen unverzichtbar und brauchen bessere gesetzliche Bestimmungen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, inklusive Sozialräume zu schaffen.

5. Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements

Frage 5.1:

Welche Maßnahmen wollen Sie zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Behinderung ergreifen?

Frage 5.3:

Wie kann aus Ihrer Sicht der Zugang und die Selbstbestimmung von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im Bürgerschaftlichen Engagement verbessert werden?

Frage 5.4:

Teilen Sie die Auffassung, dass es Schulungsangebote zum bürgergesellschaftlichen Engagement für Menschen mit geistiger Behinderung geben sollte?

Gemeinsame Antwort Fragen 5.1, 5.3 und 5.4:

Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die auf gemeinsamen Werten und Normen beruht. Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle – das ist unser Leitbild. Teilhabe heißt auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Das schließt Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement mit ein.

Die gesetzliche Grundlage für die Leistungen zur Teilhabe an der Gesellschaft hat sich mit dem Bundesteilhabegesetz bereits deutlich verbessert. Unter anderem wurde darin erstmals eine Regelung verankert, nach der Assistenzleistungen für Menschen mit Behinderung, die ein Ehrenamt ausüben, zu erstatten sind.

Bürgerschaftliches Engagement muss wertgeschätzt werden. Die finanziellen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir deutlich aufstocken und strukturell absichern. Wir wollen, dass dafür eine Deutsche Engagementstiftung unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern aus Kultur, Bildung, Freier Wohlfahrtspflege und Rettungs- und Hilfsdiensten gegründet wird.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat beispielsweise mit dem Programm „Engagement und Freiwilligenarbeit im Sport“ (EuFiS 2011 – 2012) der Deutschen Sportjugend im DOSB für die Entwicklung und Erprobung alternativer Engagementformen für junge Menschen insgesamt 10 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. In den Jahren 2013 bis 2018 wird diese Intention insbesondere für bislang benachteiligte Gruppen mit dem Programm „Zukunftsinvestition: Entwicklung jungen Engagements im Sport (Zi:EL)“ fortgeführt. Der Schwerpunkt liegt primär auf dem Engagement mit und für junge Menschen mit Behinderung, mit Migrationshintergrund, aus bildungsfernen Schichten sowie für junge Flüchtlinge. Hierfür stehen insgesamt 15 Mio. Euro zur Verfügung. Im Rahmen von Zi:EL sollen in den Strukturen des Sports neue Engagementbereiche erschlossen, Engagementformate weiterentwickelt oder Methoden zur Gewinnung von jungen Engagierten optimiert werden.

Zudem haben die Koalitionsfraktionen auf Initiative der SPD in dieser Legislaturperiode einen Antrag verabschiedet, der eine inklusive Ausgestaltung des Bundesfreiwilligendienstes fordert. Menschen mit körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen sollen an den Lern- und Bildungsseminaren des Bundesfreiwilligendienstes ebenso teilnehmen können wie Menschen ohne Behinderungen. Hierfür sollen Mittel für angemessene Vorkehrungen wie z. B. Assistenzleistungen oder Gebärdensprachdolmetschung bereitgestellt werden. Diese Regelungen wollen wir auch auf die geregelten Jugendfreiwilligendienste ausweiten.

Für die SPD ist klar: Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet werden. Dabei sind Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen unverzichtbar und brauchen bessere gesetzliche Bestimmungen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, inklusive Sozialräume zu schaffen. Denn bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement findet vor allem auf kommunaler Ebene statt.

Frage 5.2:

Unterstützen Sie die Regelungen aus dem Bundesteilhabegesetz, dass Assistenzleistungen zunächst aus dem familiären/persönlichen Umfeld erbracht werden müssen?

Antwort:

Für die nächste Generation soll aus Sicht der SPD das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich sein. Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein. Die gesetzliche Grundlage für die Teilhabeleistungen hat sich mit dem Bundesteilhabegesetz bereits deutlich verbessert. Wir wollen, dass Betroffene ohne Diskriminierung und ohne großen Aufwand Zugang zu diesen Leistungen bekommen. Teilhabe heißt für uns auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Dies schließt den Sportbereich mit ein. Sport ist eine der wichtigsten Freizeitgestaltungen für Menschen mit Behinderung. Durch regelmäßigen Sport werden soziale Kontakte geknüpft und es entstehen Freundschaften. Die Teilhabemöglichkeit für Menschen mit Behinderungen am Sport muss deshalb unbedingt weiter gefördert werden. Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir deshalb auch die Möglichkeit der Ausübung eines Ehrenamtes für Menschen mit Behinderungen gestärkt. So wird es künftig möglich sein, dass Auslagen erstattet werden können, wenn - wie häufig der Fall - die Unterstützung zur Teilnahme an ehrenamtlichem Engagement aus dem familiären, befreundeten oder nachbarschaftlichen Umfeld kommt. Sollte dies hingegen nicht möglich sein, besteht auch die Möglichkeit, Assistenzleistungen für die Freizeitgestaltung einschließlich kultureller und sportlicher Aktivitäten zu nutzen. Dies ist eine deutliche Verbesserung gegenüber der alten Rechtslage.

6. Bewerbung von SOD um Weltspiele in Deutschland**Frage 6.1:**

Befürworten Sie eine solche Bewerbung um die größte inklusive Veranstaltung der Welt und werden Sie sich für sie einsetzen?

Antwort:

Antwort: Nach den gescheiterten Referenden in München für die Winter-Olympiade 2022 und in Hamburg für die Sommer-Olympiade 2024 müssen neue Wege gegangen werden. Die Kritiken der Gegner von Olympischen Spielen in Deutschland reichen von Vorwürfen des Gigantismus, über Korruption, zu hohe Kosten und zu viele Einschränkungen für die Anwohner. Darüber hinaus galten die Planungen als sehr intransparent und die Fragen der Nachhaltigkeit und Sicherheit waren nur unzureichend erklärt.

Wenn der organisierte Sport in Deutschland wieder Olympische Spiele durchführen möchte, muss er vor Ort die Bevölkerung mitnehmen und transparent agieren. Wir halten es für sinnvoll, wenn wir zunächst internationale Meisterschaften stattfinden lassen, bevor es zum Mega-Event Olympia kommt. Nur so können wir die Lust auf Olympia steigern und Ängste von der Bevölkerung nehmen.

Die Special Olympics World Games stehen vor ähnlichen Problemen, können aber dabei helfen, die Vorurteile gegenüber Sportgroßveranstaltungen in Deutschland abzubauen. Es liegt jedoch am organisierten Sport selbst sich um die SOD mit möglichst nachhaltigen Konzepten zu bewerben. Wenn Special Olympics Deutschland diesen Schritt gehen möchte und die Zusage für 2023 erhält, werden wir die Bundesregierung auffordern, die Spiele zu unterstützen.

Frage 6.2:

Welche Chancen sehen Sie in der Bewerbung für die Inklusion in Deutschland?

Antwort:

Antwort: Das Sommermärchen 2006 im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland hat gezeigt, dass wir ein hervorragender Gastgeber waren und die Menschen in

unserem Land sich überschwänglich auf das Event gefreut haben. Wir sind uns sicher, dass dieses Sommermärchen durch Sportgroßereignisse wiederholt werden kann. Deutschland hat eine hervorragende (Sport-)Infrastruktur, der Sport ist in der Gesellschaft stark verankert und wir können abermals unsere Gastfreundschaftlichkeit unter Beweis stellen. Für die Athletinnen und Athleten dieser Welt ist es angenehmer in einem friedlichen und offenen Land anzukommen, anstatt in einem Land, in dem Menschenrechte missachtet werden, korrupte Strukturen das Land lahm legen und die Sicherheitslage prekär ist. Mit einer Bewerbung können wir in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit für inklusiven Sport erhöhen und für die Herausforderungen sensibilisieren. Sollte es tatsächlich im Zuge einer Bewerbung zu einer Zusage kommen, muss die Bevölkerung vor Ort von Beginn an mit eingebunden sein. Sollte dies gelingen, können die Special Olympics World Games den Grundstein für weitere Sportgroßveranstaltungen in Deutschland legen.

Frage 6.3:

Halten Sie es für angebracht, dass der Bundes sich aktiv einbringt und finanzielle Mittel zur Verfügung stellt?

Antwort:

Antwort: Der organisierte Sport muss sich um die Austragung von Wettkämpfen selbst bemühen. Erst wenn hier die Grundlagen geschaffen sind, kann der Bund unterstützend eingreifen. Das Bundesinnenministerium stellt jährlich 280.000 Euro für die Special Olympics zur Verfügung. Diese Mittel reichen natürlich nicht aus, um Weltspiele durchzuführen. Hierfür stehen jedoch Mittel zur Entsendung bereit und bei der Durchführung im Inland gibt es zusätzliche Mittel.

Neben den notwendigen Investitionen für die organisatorische Vorbereitung bedeuten Sportgroßveranstaltungen auch, finanzielle Ressourcen für die Infrastruktur bereitzustellen. Um den Investitionsstau in die Sportanlagen abzubauen, planen wir unabhängig von einer Sportgroßveranstaltung, die kommenden Jahre ein Investitionspaket zu schnüren, welches die Sportvereine in die Lage versetzen soll ihre Heime und Plätze zu modernisieren bzw. neu zu gestalten. Dazu zählen auch die maroden Schwimmhallen und Freizeitbäder. Diese aufgezählten Investitionen in die Sportanlagen kommen auch den Menschen mit Behinderung zu Gute. Hierbei ist zu beachten, dass die Anlagen stets barrierefrei zu gestalten sind. Eine wohnortnahe Anlage mit Verbindungen in die Kitas und Schulen schafft die Grundlage für ein Interesse am Sport.

7. Veranstaltungen

Frage 7:

Sehen Sie Möglichkeiten der Förderung, dass Sportprojekte und (Groß-)veranstaltungen zukünftig als inklusive Veranstaltungen durchgeführt werden?

Antwort:

Die Frage der Durchführung von Sportveranstaltungen liegt beim organisierten Sport. Hier ist es notwendig, für die Teilnahme von paralympischen Athletinnen und Athleten zu werben. Für die SPD sind inklusive Veranstaltungen ganz selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens, auch wenn dies im Sport bei Wettkämpfen noch nicht der Fall ist. Die Bilder von den Paralympischen Sommerspielen in Rio haben gezeigt, wie sehr die Bevölkerung bei den Wettkämpfen mitgefiebert hat – auch die Auslastungen der Stadien waren hervorragend. Auf diesen Trend sollte der Sport aufsteigen und mutiger bei der Zusammenstellung von Mannschaften werden.